

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 41. Jahrgang, Nr. 11, Freitag, 5. Juni 2020

EU forciert neuen Migrationssturm

2

Das EU-Gericht verletzt das eigene Recht

10

SOS KMU gegründet

16

Blick zum Rosenlaugletscher BE
Bild: Verena Magnani, Bülach ZH



Im Schatten von Corona droht Dublin IV

EU forciert neuen Migrationssturm

von Stefan Schubert, Journalist, Buchautor, Experte für Innere Sicherheit, Rottenburg BRD

Im Angesicht der Corona-Krise hat sich «Brüssel» als eine reine Schönwetter-EU erwiesen. Das Komplettersagen der Eliten lässt die Frage aufkommen, womit sich die EU-Funktionäre stattdessen hinter verschlossenen Türen beschäftigt haben. Nun ist es an die Öffentlichkeit gedrungen: Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat einen zusätzlichen Migrationspakt erstellt, den man in Brüssel seit geraumer Zeit durchzusetzen versucht. Der Pakt droht eine erneute Flüchtlingsflut auszulösen.



Die neuerliche EU-Migrationsagenda ist gezielt so aufgebaut, dass den Nationalstaaten jegliche Kontrolle über die (illegale) Migration in ihren Ländern entzogen und durch eine direkte «Migrationsverwaltung» ersetzt wird.

EU agiert wie ein Mafia-Staat

Durch Dublin IV würde die Ideologie der offenen Grenzen zur verpflichtenden Politik aller EU-Länder durchgesetzt. Wer sich künftig dem EU-Diktat der Aufnahme von illegalen Migranten widersetzt, wie bisher die osteuropäischen Länder, dem drohen Strafzahlungen von 250'000 Euro pro Migrant und abgelehnte Zwangszuweisung. 4'000 abgelehnte Migranten würden demnach eine Erpressungszahlung von 1 Milliarde Euro an die EU bedeuten. Bei 20'000 abgelehnten Männern steigt das Erpressungspotenzial auf fünf Milliarden Euro an. Die EU-Diktatur bedient sich damit Handlungsweisen von kriminellen, mafiösen Organisationen.

Die von Merkel häufig propagierten «europäischen Lösungen» in Sachen Migration sind demnach in geradezu dystopischer Weise bei Dublin IV eingeflossen. Es wird ferner deutlich, dass es der Bundeskanzlerin darum geht, ihren anhaltenden Rechtsbruch seit 2015 (Dublin III, Art. 16a Grundgesetz) nachträglich und fortlaufend zu legalisieren. In der «Welt» hat sie sich über diesen geplanten Rechtsbruch ganz offen geäussert: «Illegale Migration durch legale Migration ersetzen», lauten ihre Worte.

Mit Dublin IV durchgesetzt

Mit dem Kernpunkt der Dublin-IV-Verordnung soll dies nun durchgesetzt werden. Gemäss Dublin III war das Ersteintrittsland für das Asylverfahren zuständig. Also primär Länder, die an den EU-Aussengrenzen liegen: Italien, Griechenland, Spanien.

Hätte Bundeskanzlerin Merkel ihr politisches Handeln nach den so oft beschworenen europäischen Lösungen ausgerichtet und verbindliche EU-Verträge (Dublin III) eingehalten, anstatt diese vorsätzlich zu brechen, dann hätte so gut wie niemand der rund 2,5 Millionen Asylbewerber deutschen Boden betreten, geschweige denn ein Asylverfahren durchlaufen und Hunderte Milliarden Euro an Kosten für den deutschen Steuerzahler verursacht. Dieser merkelsche Rechtsbruch droht durch Dublin IV nun geltendes europäisches Recht zu werden. Dazu wurde die Regelung «Ersteintrittsland» durch die Änderung einer «Ankerperson» ersetzt.

Migranten suchen sich ein Land aus

Diese Regelung wirkt so naiv und realitätsfern, dass es kaum zu glauben ist, doch die Planungen sind real. In der Praxis bedeutet dies: Sobald ein illegaler Einwanderer an der europäischen Aussengrenze seine



Forderung nach einem Asylverfahren stellt, darf er sich ein Land aussuchen, wohin er sodann auf Kosten des Steuerzahlers geflogen oder mit dem Reisebus gebracht wird. Durch eine einfache Behauptung, der keinerlei Überprüfung erfolgt, startet dann die verpflichtende EU-Umverteilung. Dafür reichen nach bisherigen Ausführungen der EU-Kommission Äusserungen wie: «Mein Cousin hält sich in Berlin auf.» Oder «Ich kenne jemanden in einer Hamburger Flüchtlingsunterkunft.»

Familiäre Verhältnisse sind ebenfalls nicht erforderlich, selbst «ein Bruder meines Nachbarn wohnt in Köln», reicht für das Prozedere einer Ankerperson zurzeit aus. Dieser sogenannte «Fairness-Mechanismus» (laut EU) soll dann automatisch in Kraft treten, wenn die Ersteinreisestaaten ein von der EU-Kommission festgelegtes Kontingent überschreiten.

Zusätzliche Migrationsflut

Wenn diese Regelung europäisches Recht wird, dann ist mit einer neuerlichen Migrationsflut nach Deutschland und Europa (inklusive Schweiz, die Red.) zu rechnen. Die italienischen Flüchtlingsunterkünfte, so ist zu erwarten, würden sich gegen Norden («Germoney») in Bewegung setzen, genauso wie ein Treck aus den griechischen Lagern. Das EU-Parlament, im Übrigen

LACHEN VERBOTEN!



Unser Deutschlehrer behauptete am 10. Mai 1945, zwei Tage nach Kriegsende, dass Friedrich Schiller der internationalste Dichter gewesen sei, denn er habe für jedes Land ein besonders aussagefähiges Drama oder Essay geschrieben: Für Habsburg/Österreich: Wallenstein; für die Schweiz: Wilhelm Tell; für Italien: Die Braut von Messina; für Frankreich: Die Jungfrau von Orléans; für Spanien: Don Carlos; für England: Maria Stuart; für Holland: Der Abfall der Niederlande; für Schweden: Gustav Adolf; für die Tschechei: Der Prager Fenstersturz; für Griechenland: Die Kraniche des Ibykus; für Russland: Demetrius (der falsche Zar); für China: Turandot. «Und für den grossen Kanton», meinte er vielsagend und mit zynischem Spott, den wir erst später wirklich verstanden haben, «hat er was geschrieben? – Die Räuber!»

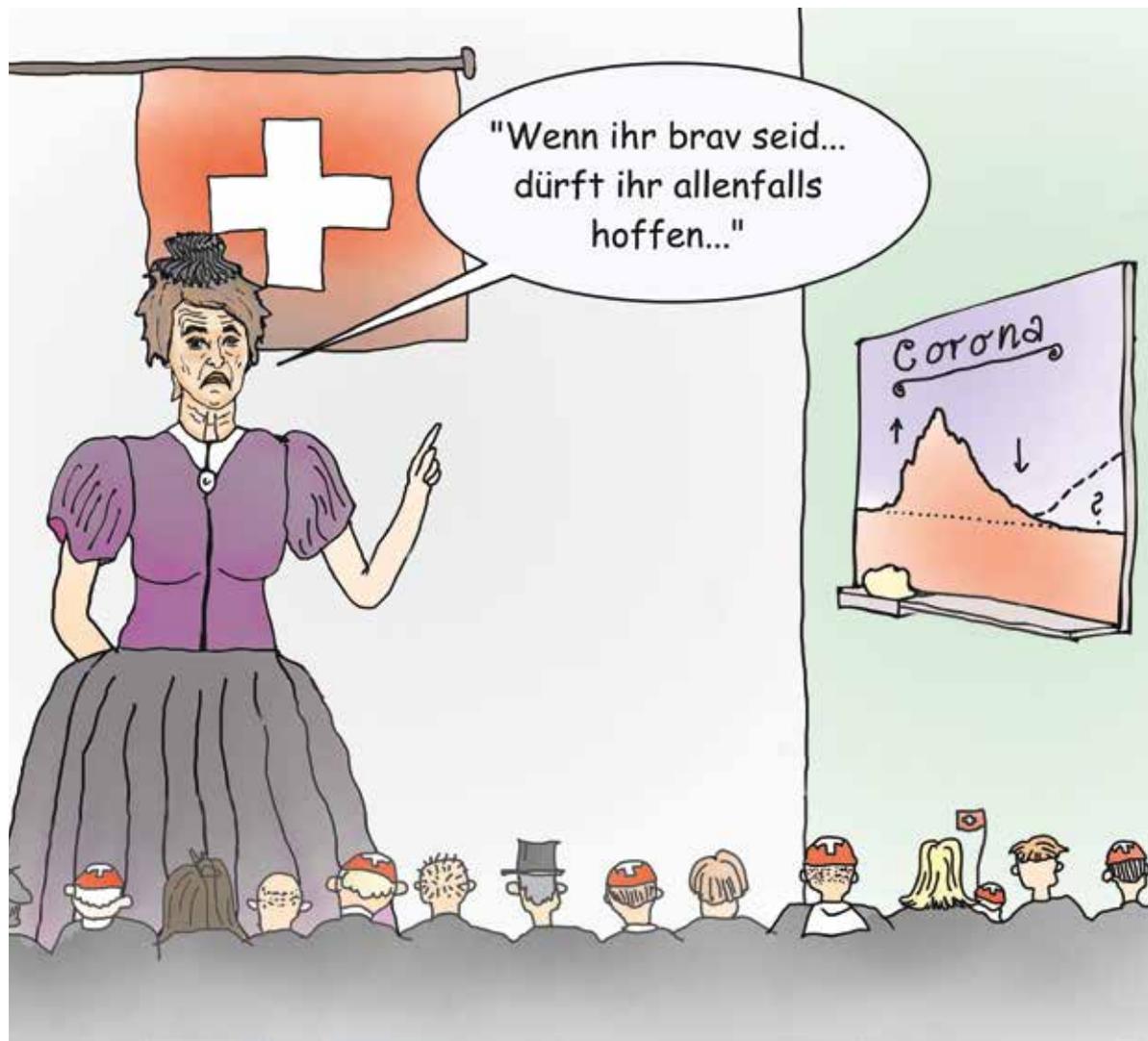
(zugesandt von Josef Brunner, Oberwil BL)

mit Stimmen von CSU und CDU, hat Dublin IV bereits beschlossen, einzig die Zustimmung des EU-Rates

Fortsetzung auf Seite 4

Die «Verrottenmeierisierung» der Schweiz

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



fehlt noch. Die unkontrollierte Masseneinwanderung der vergangenen Jahre wäre damit nur die Vorhut der bis zu 2,5 Millionen Migranten in Deutschland allein seit 2015.

EU-Diktat erzwingt illegale Migration

Durch das beabsichtigte EU-Diktat würde jegliche nationale Steuerung des Migrationsstroms verhindert. Über die Zusammensetzung der Einwanderungswelle, die Auswahl nach Fachkräften, die Geschlechterquote, die freien Unterbringungsmöglichkeiten, die finanziellen Möglichkeiten der Aufnahmeländer und die politische Stimmungslage bei der betroffenen europäischen Bevölkerung würde künftig einzig das Brüsseler Diktat entscheiden.

Die bisherige Fokussierung der Bundesregierung auf minderjährige Flüchtlinge (ohne jegliche Altersüberprüfung) erwies sich somit als doppelter Bumerang. Hierzu sind rund 6'000 Euro monatliche Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMAs) zu nennen, die nun über Nacht zu Ankerpersonen befördert werden sollen, und denen die Grossfamilien bald nachfolgen werden.

Verheimlichung

Die Mainstream-Medien versuchen, wie seinerzeit beim UN-Migrationspakt, die verhängnisvollen

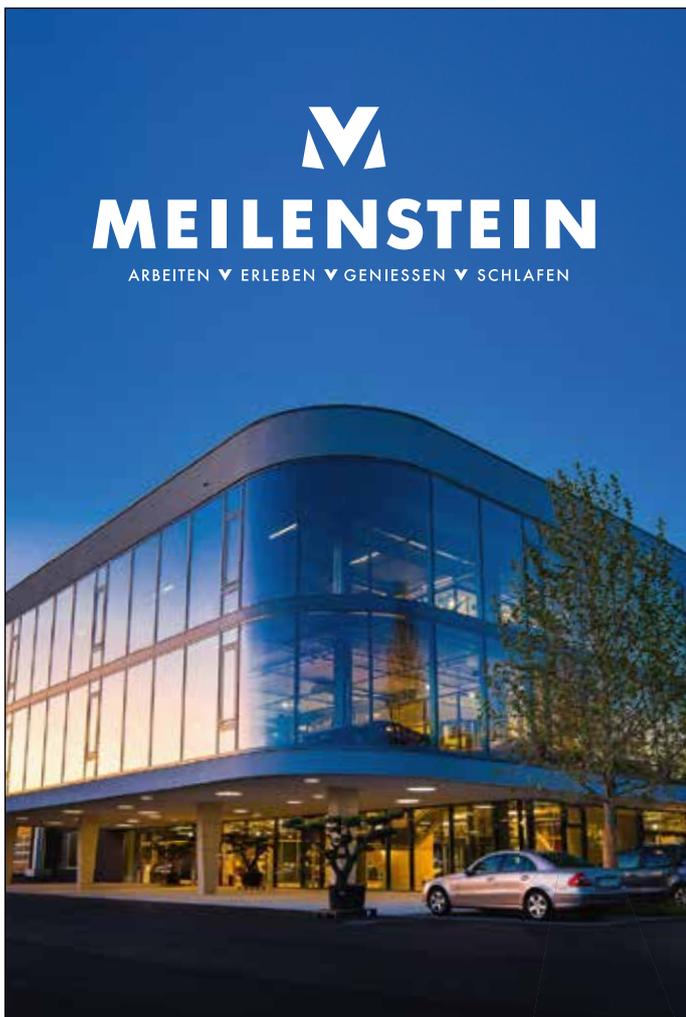
Churz & Bündig

Der glühendste EU-Fan bei Economiesuisse, Jan Atteslander, ist des Lobes voll. In der Corona-Krise habe die Zusammenarbeit zwischen Bern und Brüssel vorzüglich geklappt, lobt er die Funktionärsverfälschung. Dass Lieferungen bezahlter, dringend benötigter Schutzartikel von EU-Staaten zurückgehalten wurden, dass die Schweizer Südgrenze infolge Brüssel-Hörigkeit von Bundesbern – im Gegensatz zu den Verfügungen von EU-Mitglied Österreich – viel zu spät geschlossen wurde und dem Tessin damit hunderte Ansteckungen beschert worden sind, das scheint dem Economiesuisse-Lobhudler schlicht entgegen zu sein.

*

Der «Tages-Anzeiger» sorgt sich: Weil zahlreiche Schweizer den von Schweizer Soldaten für Spitäler geleisteten Assistenzdienst positiv bewerten, wird diesen eingehämmert (16. April 2020): Corona sei kein Krieg! «Dass Soldaten in Spitälern aushelfen, ist kein Anlass, die Armee zu feiern.» Für den Tages-Anzeiger offenbar aber ein Hindernis, die Armee bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu verunglimpfen.

us



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

Entscheidungen der Eliten vor der Bevölkerung zu verheimlichen. Sie versuchen Dublin IV als eine Erleichterung der Migrationspolitik zu verkaufen. Bislang unternahmen Italien, Griechenland und Spanien Anstrengungen, allein aus eigenem Interesse, die Zahlen der illegalen Migration so klein wie möglich zu halten.

Mit Dublin IV würde jeglicher Anreiz zur Grenzsicherung in den Ländern wegfallen. EU-Recht würde ihnen damit erlauben, die Migrationswelle einfach gen Norden weiterziehen zu lassen, und sie zudem bei der automatischen Umverteilung durch die Ankerperson auch noch zu unterstützen. Sie würden von der libyschen Küste durch ein NGO-Schlepperschiff aufs kontinentale Europa gebracht, von dort automatisiert und durch die EU finanziert nach Deutschland geflogen.

Dieser zusätzliche Flüchtlingsstrom, der den bisherigen rund 2,5 Millionen Ankermigranten zu folgen droht, birgt das Potenzial, Deutschland endgültig zu destabilisieren. Es scheint, als würde dieser von den Eliten mitzuverantwortende Migrationsstrom vortrefflich in ihre Agenda passen: Sie wollen die Nationalstaaten weiter aushöhlen und den Zentralismus der EU weiter vorantreiben.

(aus «Kopp-Report»)

Stefan Schubert

«Das aktuelle Zitat»

Wenn Politiker von «Solidarität» sprechen, dann tun sie das regelmässig in einer orwellischen Bedeutungsverschiebung. Der Begriff «Solidarität» stand einst für das freiwillige Zusammenstehen, motiviert von gemeinsamen Zielen – tatsächlich ist «Solidarität» heute meist einfach nur ein weiteres Schlagwort für «wir nehmen dir Geld weg, und wenn dir das nicht passt, kommt der Gerichtsvollzieher.»

Dushan Wegner, Publizist,
«Tichys Einblick», 24. April 2020



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Adieu Fräulein Rottenmeier



Zur Bewältigung von acht, zehn, fünfzehn oder auch zwanzig Ansteckungsfällen täglich ist Ausnahmezustand mit bundesrätlichem Alleinregiment deplatziert. Dass Mitte März, als die Entwicklung der Corona-Ansteckungen unabsehbar war, dieser Ausnahmezustand ausgerufen wurde, wird akzeptiert – zumal zuvor rechtzeitige Schliessung der Südgrenze durch den stets nach Brüssel schielenden Bundesrat unterblieben, die Vorratshaltung an Sanitätsmaterial bloss theoretisch erfolgt war, die militärischen Notspitäler leichtfertig aufgegeben worden waren.

Was damals befürchtet wurde – von einer wahren Ansteckungswelle überflutete Spitäler –, ist nicht eingetreten. Selbst im am stärksten betroffenen, aber umsichtig regierten Kanton Tessin wurde jeder Patient behandelt, wie das erforderlich war. Nach nicht Tatsache gewordener erster Welle den Ausnahmezustand mit zu befürchtender zweiter Welle begründen zu wollen, ist unhaltbar.

Schluss also mit bundesrätlichem Vollmachten-Regime. Sogenannte «Erleichterungen» der Bevölkerung medial als obrigkeitliche Gunstbezeugung zu zelebrieren, ist der freiheitlichen Schweiz unwürdig. Wir wollen auch nicht, dass das Vollmachten-Ausnahmerecht als «neue Normalität» in die «ordentliche Gesetzgebung» überführt wird. Wir wollen unsere von der Verfassung garantierten Rechte und Freiheiten zurück. Fräulein Rottenmeier mag zu Frankfurt ihr Unwesen treiben. Im Bundeshaus hat sie nichts verloren.

Jetzt geht's – vor allem ändern – darum, die verfügbaren wirtschaftlichen Schäden zu beheben. Damit jene tausende KMU-Betriebe, die vom Bundesrat für zwei Monate ihrer Einnahmen beraubt worden sind, sich wieder voll entfalten können – Produkte und Dienstleistungen verkaufend, Lehrlinge ausbildend usw. Übergangskredite haben diese Betriebe vor unmittelbarem Ruin bewahrt. Dass sie langfristig überleben, erhaltene Kredite zurückzahlen, notwendige Innovation finanzieren können, sind nicht weitere Staats-Milliarden auszuschiessen. Vielmehr sind Hindernisse, bürokratische Schikanen und Barrieren abzubauen. Sofort! Mindestens um zwanzig Prozent – personell und finanziell.

Dazu braucht es keinen Ausnahmezustand. Aber Parlamentarier und Bürger, die der Schweiz ihr wirtschaftliches Rückgrat gesund erhalten.

Ulrich Schliuer

Spalte
rechts

Deutscher Mini-Aufstand

Kriegserklärung an die EU?

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Das Deutsche Verfassungsgericht beanstandet die milliardenschweren Käufe von Staatsanleihen der Europäischen Zentralbank EZB. Ist das eine Kriegserklärung an die EU?



Die Coronakrise hat schuldengeplagte Länder noch näher an den Abgrund gebracht. Pro Monat liegen deshalb im Einkaufswagen der EZB Schuldscheine im Wert von 100 Milliarden Euro. Durch den Kauf von Staatsschulden (z.B. von Griechenland) können sich diese Staaten weiter «günstig» verschulden. Die eigentlich unabhängige EZB finanziert so die Regierungen

der Eurozone und druckt unbegrenzt Geld, obwohl das verboten ist. Dennoch hat der Europäische Gerichtshof EuGH die beispiellose Einkaufstour abgesehen.

Akt «ultra vires»

Das deutsche Verfassungsgericht ist damit nicht einverstanden. Die Geldflutung sei ein Akt «ultra vires» – also jenseits der Befugnisse, die den EU-Institutionen zustehen. Deutschland müsse daher die EZB dazu auffordern, nachzuweisen, dass das Kaufprogramm verhältnismässig sei. Genau betrachtet haben also die höchsten Richter Deutschlands mit ihrer «Kriegserklärung» nur ganz vorsichtig aufgemuckt: Man solle doch bitte nachfragen, ob der EuGH allenfalls seine Kompetenzen überschritten habe. Dennoch ist Feuer im Dach: Das Urteil hat bei der EU-Kommission «grösstes Befremden ausgelöst». Nationale Gerichte dürften sich keinesfalls über den EuGH stellen, EU-Recht habe immer Vorrang vor nationalem Recht. Der Versuch Deutschlands, sich gegen die stetige schleichende Kompetenzerweiterung der EU zu wehren, soll im Keim erstickt werden. Man befürchtet, freiheitsliebende Staaten wie Polen und Ungarn könnten auf den Geschmack kommen.

Der Richter als sein eigener Richter

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen droht deshalb mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Darüber entscheidet am Schluss – der Europäische Gerichtshof! Deutschland wird verurteilt, muss parieren und Buss- und Zwangsgeld zahlen. Damit wird der zaghafte Mini-Aufstand Deutschlands, das die Hauptlast der gigantischen Schuldenwirtschaft trägt, gegen das unrechtmässige EU-Diktat mit ziemlicher Sicherheit rasch niedergeschlagen werden.

Was bedeutet das für die Schweiz?

Gemäss dem vorliegenden Rahmenabkommen müssen inskünftig Rechtsakte der EU von der Schweiz übernommen werden. Ist die Schweiz damit nicht einverstanden, so wird die Streitigkeit zuerst im sektoriellen Ausschuss diskutiert. Ergibt sich keine Lösung, kommt das Schiedsgericht zur Anwendung. Dieses muss aber zu Rechtsauslegung alle EU-Rechtsakte heranziehen. Sämtliche Fragen von Relevanz werden allein vom EuGH entschieden. Das Urteil des EuGH ist verbindlich, jede andere Gerichtsbarkeit ist ausgeschlossen. «Ausgleichsmassnahmen» (Strafmassnahmen) werden wiederum vom Schiedsgericht beurteilt. Und die Parteien setzen alle Entscheidungen unverzüglich um.

Schweizer Selbstausslieferung

Geplant ist mit dem Rahmenabkommen also eine ähnliche Selbstausslieferung an den EuGH wie Deutschland sie nun erlebt. Mit dem Unterschied, dass wir als Nicht-EU-Mitglied noch viel weniger zu sagen haben als das mächtige Deutschland. Mit dem Rahmenabkommen wird uns die EU wie eine Krake umschlingen und uns mit in den finanziellen Abgrund ziehen.

Hermann Lei

brother MFC-L9570CDWT:

DAS TOP-FARB-MULTIFUNKTIONS-GERÄT

- robust, schnell und perfekte Qualität
- brillante Farb-Qualität, grosses Touch-Display
- druckt, scannt (bis 100 S./min.), kopiert, faxt
- 5 Jahre VorOrt-Garantie dank MPS
- vollautomatisierte Zustellung Supplies
- 1000 Farbseiten kosten fix Fr. 79.86
- 1000 s/w-Seiten kosten fix Fr. 13.40



Fr. 1299.00 mit 2 Kassetten

Fr. 250.00 Cashback
Fr. 250.00 Eintausch
Fr. 799.00 Netto-Aufwand

OCotex AG
– 041 799 50 00



Schweizer Werte
in der Vermögensverwaltung
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.

Tel: 041 725 35 45 Email: markus.mueller@mpmswiss.com

KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH

MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com

Für Schlechtwetter gerüstet sein!

**Ja zur Begrenzungsinitiative –
zuerst für uns selber schauen.**

Auf www.randvoll.ch
holen Sie sich News zur
Begrenzungsinitiative!



Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

**Seit 1986 kämpfen wir leidenschaftlich
und kompromisslos für die Schweiz.**

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ _____

Ort _____

E-Mail _____

Ich möchte unverbindliche Infos.

Gute Sache. Ich trete gleich bei:

Mitglied (Jahresbeitrag 45 Fr.), Gönner (100 Fr.)

Sympathisant (freier Beitrag)

Ich bestelle kostenlos:

Expl. AUNS-Bulletin Nr. 200 «Juliläumsausgabe»

Expl. Broschüre «Wie viele Menschen wollen wir
in unserem Land?» von Ständerat Thomas Minder

Expl. Prospekt «Ja zur Begrenzungsinitiative»

Danke für Ihre
Unterstützung!



AUNS, Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Tel. 031 356 27 27, aktion@auns.ch

Dringende Spenden: AUNS

PC-Konto: 30-10011-5

IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5



Leserbriefe



Corona: Zurück zur Normalität?

Ist es normal, unseren verwöhnten Lebensstil unbekümmert wieder aufleben zu lassen? Ist es normal, dass der Ansturm von Zuwanderern unentwegt weitergeht? Ist es normal, wenn wir im Verkehr wieder fast ersticken? Ist es normal, wenn in den Schulen das Fremde überwiegt und wenn unsere christlichen Werte islamischen Ideologien weichen müssen? Ist es normal, dass grosse Konzerne fast durchwegs in fremden Händen sind und dass der Europäische Gerichtshof unser Bundesgericht überstimmen kann? Was ist in der Schweiz denn noch normal? Die Folgen von Corona sind leicht abzuschätzen. Wegen übermässiger Zuwanderung werden die sozialen Ansprüche nach Corona ins Unermessliche wachsen. Wollen wir tatsächlich zu dieser «Normalität» zurückkehren?

Peter Schnyder, Ennenda

Die Ratten kommen aus den Löchern

Nun kommen die Ratten aus den Löchern. Bundesrätin Keller-Sutter spricht als ehemalige Dolmetscherin die Sprache derjenigen, die uns an die undemokratische

EU ausliefern wollen. Um unsere Gesellschaft aufzuweichen, will sie die Zuwanderung von Leuten aus aller Welt fördern – insbesondere von «Flüchtlings», die unsere Volkswirtschaft jährlich über sieben Milliarden Franken kosten. Man könnte sie durchaus des Verrats bezichtigen, wenn sie weiterhin «Flüchtlinge» ins Land lässt. Denn wegen Corona haben wir gegen 100 Milliarden Zusatzkosten. Und ich weiss, welches Departement voraussichtlich bluten wird – das VBS.

Johannes Fischer, Chur/Stans

An Gottes Segen ist alles gelegen

Mit grossem Interesse habe ich den Bericht «Das militärisch-politische Umfeld von 1939–45» von Hans Fehr (zum Thema «explodierte Thurbrücke») in der SZ Nr. 9/2020 gelesen. Als Zeitzeugin sind mir von damals manche Begebenheiten in nachhaltiger Erinnerung geblieben. So u.a. das landesweite Glockengeläut am Kriegsende, das uns Schweizer gleichzeitig zum Dankgebet aufgefordert hat. Es waren nicht nur unsere Neutralität, unsere tapferen Soldaten und die lobenswerte Solidarität in der Bevölkerung, die unser Land von den Schrecken des Krieges bewahrt haben. Es waren auch die unzähligen Gebete, die der gnädige Gott erhört hat. Auch in der Coronakrise sind es wieder gläubige Christen, welche Gott in der Notsituation um seinen Segen, um Gnade, Weisheit und Bewahrung gebeten haben. An Gottes Segen ist alles gelegen.

Ruth Nogara, Turbenthal ZH

Ein demokratischer Erfolg



Ab dem 6. Juni 2020 lockert der Bundesrat die per Notrecht verhängten Corona-Beschränkungen spürbar. Auf den 19. Juni 2020 wird er die ausserordentliche Lage beenden. Wenngleich damit noch nicht alle Beschränkungen aufgehoben sein werden, ist es Zeit für ein erstes Fazit.

Der Bundesrat erklärte am 16. März 2020 die ausserordentliche Lage, obwohl er nicht wusste, wie gefährlich das Corona-Virus wirklich ist. Er konnte es gar nicht sicher wissen, sondern hatte zu entscheiden, ob er das Risiko unkontrollierter Übertragungen und eines Ansturms auf die Spitäler in Kauf nehmen wollte oder nicht. Der grosse politische Druck zum Handeln auf gesamtschweizerischer Ebene zwang zum Handeln.

Irgendwann in Zukunft werden Juristen und Mediziner nach epischer Debatte zu begründeten Schlüssen kommen, ob es richtig war, was der Bundesrat tat. In der Not aber wird schnell gehandelt, die Exekutive beschliesst und bekommt Vollmachten. Die fundierte rechtsstaatliche Prüfung folgt später.

In der Corona-Krise zeigt sich (wieder einmal), dass rechtsstaatliche Prozesse zwar notwendig, aber für sich

genommen noch nicht hinreichend sind für einen wirksamen Schutz der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit. Romantische Ewigkeitsgarantien auf Papier für Grundrechte wie z.B. in Deutschland haben primär innerhalb von akademischen Hörsälen Bedeutung.

Persönliche Freiheit im 21. Jahrhundert bedingt demokratische Wachsamkeit. In den letzten Wochen erhöhten bürgerliche Parteien, Wirtschaftsverbände und Kantone spürbar den Druck auf die Landesregierung, die Corona-Beschränkungen zu lockern. Dies hat gewirkt. Die Lockerungen sind ein demokratischer Erfolg, und anders als in China ist es eine Rückkehr in Richtung Freiheit anstatt in den bisherigen Kollektivismus.

Wenn einmal sämtliche Corona-bedingten Beschränkungen aufgehoben sind, werden allerlei Professoren und Medienschaffende wieder Abhandlungen verfassen zum angeblichen Gegensatz von Rechtsstaat und Demokratie. Dannzumal sollten wir uns daran erinnern, wie die schwerwiegendsten Beschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit der letzten Jahrzehnte gelockert worden sind: Mit demokratischem Druck! Rechtsstaat und Demokratie sind keine Gegensätze, sie bedingen einander.

Patrick Freudiger

Unzensuriert

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Fürsorgestaat

Es gibt keinen «mündigen Bürger» ohne ein ambivalentes Verhältnis zur Fürsorglichkeit des Staates. Wir haben Anlass, eine politische Führung zu fürchten, die uns aus heiterem Himmel verspricht, dass wir nicht hungern werden – während eben noch die Lieferketten so sicher waren wie die Renten. Atemmasken brauchen wir schon deshalb nicht, weil wir auch nach zwei Monaten kaum welche haben. Eben noch wollte man die Zahl der Krankenhausbetten halbieren. Eben noch wurde vieles kaputtgespart oder auf Kosteneffizienz getrimmt und jetzt, da es um drei bis vierstellige Milliardenbeträge geht, sagt uns Minister Scholz, «wir können uns das leisten». Der kurzatmige Massnahmenstaat ist noch nicht einmal fähig, die leidige Sommerzeit abzuschaffen oder die absurde Vergrößerung des Bundestages zu verhindern. Jahrzehntelang wurden die Voraussetzungen familiärer Subsistenz ruiniert. Es regiert ein politisches Personal, das unser langfristiges Wohlergehen allzu oft dem politischen Überleben geopfert hat. Heisst die Parole «Hans im Glück»? Am Anfang besass er einen Goldklumpen, und als er nach vielen Tauschgeschäften gar nichts mehr hatte, wähnte er sich glücklich erleichtert.

(Andreas Lombard, *Cato* 3/20)

Recht

Das oberste Gericht von Deutschland, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, hat ein bemerkenswert deutliches Urteil gegen den Europäischen Gerichtshof

gefällt: Die Verfassungsrichter haben die milliarden-schweren Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) beanstandet. Und sich damit das erste Mal gegen das EU-Gericht gewendet.

Die EZB – die Europäische Zentralbank – hätte ihr Mandat klar überspannt. Das sei – wörtlich – «objektiv willkürlich» und «methodisch nicht mehr vertretbar». Der Hintergrund von diesem Urteil aus Deutschland ist klar: Die EZB finanziert die bankrotten südeuropäischen Staaten – was sie gesetzlich eindeutig nicht dürfte. Und bezahlen wird das im Wesentlichen natürlich Deutschland.

Interessant ist, wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf das Urteil der deutschen Richter reagiert hat. Sie dreht im roten Bereich und schreibt, sie prüfe mögliche nächste Schritte bis hin zu einem Vertragsverletzungs-Verfahren gegen ihr eigenes Deutschland. Denn das Urteil berühre den Kern der europäischen Souveränität. Die Währungspolitik der Union sei ausschliesslich in der Zuständigkeit der EU. Wörtlich meint die EU-Kommissionspräsidentin: «Das letzte Wort zum EU-Recht hat immer der Europäische Gerichtshof». Das EU-Recht habe immer Vorrang vor nationalem Recht und das Urteil vom EuGH sei für alle nationalen Gerichte bindend.

Das sind deutliche Worte. Und trotzdem gibt es bei uns nach wie vor Bundesräte, Politiker und Professoren, die behaupten, die Schweiz habe auch mit einem Rahmenabkommen mit der EU keine fremden Richter, sondern ein Schiedsgericht mit Vertretern von beiden Seiten. Das ist absolut naiv. Man muss jetzt in Bern endlich aufhören, dem Schweizer Volk Sand in die Augen zu streuen. Es ist ganz klar: Die EU wird unter keinen Umständen dulden, dass unser Gericht künftig anders entscheidet als Brüssel das will. Das ist für uns Schweizer erst recht ein Grund, sich mit allen Mitteln gegen den Unterwerfungsvertrag mit der EU zu wehren.

(Thomas Matter, *Nationalrat*.
In den Sümpfen von Bern, Episode 104)

Masseneinwanderung

Seit Jahren steigt die Zahl der illegal in unser Land eingereisten Personen. Schätzungen gehen von über 100'000 illegalen Aufenthaltern aus. Die aktuellen Zahlen beweisen die Wirkung konsequenter Grenzkontrollen durch unsere Grenzwaache unterstützt von der Armee: Im Monat April zählte man noch 217 illegale Einreisen, im Vergleich zu deren 1'116 im April 2019. Im Monat März waren es noch 517 Fälle gewesen. Zudem wurden im April nur noch zehn mutmassliche Schlepperfälle gegenüber 31 im Vorjahresmonat registriert. Gemäss Angaben der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) nahm die Schleppertätigkeit im Jahresvergleich um 67 Prozent ab. Seit Jahresbeginn 2020 kumulierten sich 2'830 rechtswidrige Aufenthalte. 2019 kamen zwischen Januar und April deren 4'598 Fälle zusammen.

(SVP, 22. Mai 2020)

Gefährdung

«Es sterben nicht einfach die Alten, sondern die fetten Alten. Wenn Ihr also weiterleben wollt, Leute, und auch in Zukunft besser geschützt sein wollt, nehmt ab. Ab jetzt, ab heute, ab sofort.»

(Dr. med. Marco Caimi, *Caimi-Report* 25.5.2020)

Der Europäische Gerichtshof ...

... verletzt das eigene Recht

von Hans Geiger, em. Professor für Bankenwesen, Weiningen ZH

Kürzlich platzte in der EU eine juristische Bombe. Das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe widersetzte sich am 5. Mai 2020 einem Richterspruch des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg (EuGH).



Das Bundesverfassungsgericht hat wesentlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands beigetragen. Beim Streit mit dem EuGH geht es um drei Dinge: Erstens um die Käufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB), zweitens um einen Kompetenzstreit zwischen der EU und Deutschland, und drittens um den Machtübertrag von der

Politik an das Gericht in der EU.

Das Gesetz der EU: Kein Kauf von Staatsanleihen

Im Vertrag von Lissabon («Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union») steht in Artikel 123: «Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten [...] für Organe [...] Union, Zentralregierungen, [...] sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die Europäische Zentralbank oder die nationalen Zentralbanken.» Zwischen März 2015 und Ende 2018 hat die Europäische Zentralbank (EZB) rund 2'600 Milliarden Euro in Staatsanleihen und andere Wertpapiere investiert. Seit dem November 2019 erwirbt die EZB wieder regelmäßig Wertpapiere von EU-Staaten. Ausserdem steckt die EZB 750 Milliarden Euro über ein Corona-Notprogramm in Staats- und Unternehmensanleihen.

Man muss weder Jurist noch Wirtschaftswissenschaftler sein, um zu sehen, dass die EZB während Jahren massiv gegen die Lissaboner Verträge verstossen hat und das weiterhin tut. Der EuGH sieht das als «Hüter der EU-Verträge» allerdings anders. Er findet, die EZB verhalte sich verhältnismässig und im Einklang mit dem EU-Recht. Und er findet, es stehe exklusiv ihm zu, dies zu entscheiden

Der Kompetenzstreit zwischen Deutschland und der EU

Die Verletzung des eigenen Rechts hat Tradition in der EU. Hätten sich die EU und die EZB an die eigenen Gesetze gehalten, wäre der Euro längst Geschichte. In einer Demokratie würde man in diesem Fall die Gesetze revidieren. Aber mit der Demokratie ist es halt so eine Sache in der EU. In diesem Falle tun die Streitparteien so, als ginge es nur um einen theoretischen juristischen Kompetenzstreit: Geht das europäische Recht dem nationalen Recht immer vor? Und geht die Autorität des EuGHs den nationalen Gerichten immer

vor? Der Europäische Gerichtshof hat diese Fragen schon seit 1964 zu seinen eigenen Gunsten beantwortet, obschon dies in den damals gültigen Römer Verträgen nicht geregelt war. Seither hat der EuGH diese schleichende Kompetenzaushöhlung der EU-Staaten systematisch vorangetrieben, bis jetzt dem Bundesverfassungsgericht endlich der Kragen geplatzt ist. Im Urteil vom 5. Mai 2020 hat das deutsche Gericht der deutschen Bundesbank untersagt, derzeit an den EZB-Käufen von Staatsanleihen mitzuwirken. Und ohne deutsche Beteiligung geht bei der EZB wirklich nicht viel.

Es geht um Politik, nicht um Recht

Der ehemalige deutsche Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm hat aufgezeigt, dass der eigentliche Grund des Konfliktes im Demokratie-Defizit der EU liegt. Die europäische Integration wurde in vielen Fällen nicht durch die demokratisch legitimierten Organe erreicht. Die Integration ist in erheblichem Mass das Ergebnis der Rechtsprechung des EuGH. Entscheidungen von höchstem politischem Gewicht werden in der EU von Richtern gefällt, die sich durch jahrelange unangefochtene Kompetenzzanmassungen eine demokratisch nicht legitimierte Machtposition erworben haben.

Arme Schweiz

Was bedeutet diese Geschichte für die Schweiz? Unendlich viel. Im Rahmenabkommen, das der Bundesrat mit der EU abschliessen will, steht zum Thema «Überprüfung der Rechtmässigkeit» und «Verfahren bei Streitigkeiten» in Artikel 10: «Das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union ist für das Schiedsgericht verbindlich». Der Bundesrat will die Schweiz durch das Rahmenabkommen tatsächlich diesem EuGH unterwerfen.

Hans Geiger



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Wenn zwei das Gleiche tun...



... ist es oft nicht das Gleiche. Worum geht es? Es geht um die so unerwartete wie erstaunliche Tatsache, dass für einmal Rechte und Linke sich einig sind: Sie fordern gemeinsam ein Ende des Demonstrations-Verbots.

Nationalrat Cédric Wermuth, offizieller Kandidat für das Präsidium der SP, sowie SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi, jeder auf dem relativ sicheren Boden seiner Polit-Position verweilend, ziehen bezüglich Demo-Verbot am selben Strang: Sie stellen an den Bundesrat die dezidierte Forderung, das Kundgebungsverbot sei umgehend aufzuheben. «Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht», argumentiert Wermuth, und Aeschi doppelt nach: «Spätestens ab dem 8. Juni sollte man sich wieder versammeln dürfen.» Es verletze das Demokratieprinzip, wenn der Bundesrat übers Notrecht das Parlament ausheble.

Dabei bleibt jedoch ein gewichtiger Standpunkt unerwähnt: Bei Links-Demonstrationen streift sich auf Obrigkeitbefehl hin die Polizei gern die Samthandschuhe über und lässt die Leute unter dem (fast) alles zulassenden Sammelbegriff «Deeskalation» nahezu ungehindert gewähren. Zwei Beispiele: Am

letzten WEF in Davos wurden Schweizer Polizisten von aus dem In- und Ausland angereisten Links-Chaoten bespuckt, ohne sich (Deeskalationsgebot selbst unter Verlust der Menschenwürde) dagegen wehren zu dürfen. Und als die links-orientierten Berner «Reithalle-Chaoten» auf ihren Demonstrationszügen den erschreckten Bürgern zeigten, was an Gewaltpotential in ihnen steckt, schienen die zur Sicherheitswahrung aufgebotenen Polizeikräfte vom Bemühen durchdrungen, den Friedensnobelpreis anzustreben. Derart beflissen schauten sie weg.

Deutlich weniger Zurückhaltung erlegt sich die polizeiliche Ordnungsmacht auf, wenn die Rechts-Politik via Demonstrationsrecht ihre politische Haltung kundtut. Da ist dann kaum mehr was da vom «Deeskalationswillen» – vielmehr gilt «Die Polizei greift durch». Fazit: Ist es halt doch nicht ganz das Gleiche ist, wenn zwei das Gleiche tun?

Item, jedenfalls impliziert so manches Demonstrationsgeschehen, ob von Links oder Rechts initiiert, wohl eher ungewollt, da werde die kleinste Idee in die grössten Worte gekleidet, oder man demonstriere die fragwürdige Fähigkeit, Massen in Bewegung zu schieben – ohne zu wissen, wie man sie wieder abbremst.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



NEW SUZUKI SWIFT SPORT HYBRID:

MEHR SPASS PRO KURVE

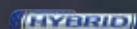
FÜR Fr. 25 990.- ODER AB Fr. 175.-/MONAT

BOOSTERJET

1.4-Liter-Boosterjet-Turbomotor



SUZUKI FAHREN. TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Swift Sport Compact Top Hybrid, 1.4-Liter-Turbomotor, 6-Gang manuell, Fr. 25 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.6l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: A, CO₂-Emissionen: 127 g/km.



Emil Frey AG
emilfrey.ch

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch



Leasing-Konditionen: 24 Monate Laufzeit, 10000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9%. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30% vom Nettoverkaufspreis. Der Leasing-Zinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasing-Angebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasing-Partner ist die MultiLease AG. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.**

PAMAG

M e t a l l b a u

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
 Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen.

Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
 PAMAG Metallbau AG

Man müsse der Profit-Wirtschaft endlich das Szepter entreissen. Wirtschaft müsse «in den Dienst aller» gestellt werden, dürfe nicht länger bloss Wenigen, sich auserwählt Fühlenden die Taschen füllen.

Nur auf diese Weise werde innert nützlicher Frist der bitter notwendige Impfstoff gegen das Corona-Virus verfügbar – kostenlos für die ganze Welt.

Es sind die täglich an die Medien rennenden, von ihnen unablässig gehätschelten Aushängeschilder der rot-grünen Mehrheit zu Bundesbern – Regula Rytz, Cédric Wermuth, Tamara Funicello, Balthasar Glättli –, die solch altkommunistische Idee derzeit allen Ernstes verbreiten. Die Basler Chemischen, profit-versessen, hätten jetzt lange genug resultatlos gepröbelt und versagt. Jetzt werde Rot-Grün auch die Wirtschaft schaukeln. Roche und Novartis dürften zwar weiter existieren. Aber der Staat habe Sandoz zu übernehmen. Zum Preis von genau einem Franken: Fr. 1.–!

Wer jetzt den Kopf schüttelt, muss wissen: Hier wird kein Witz erzählt. Die Forderung «ein Stutz für Sandoz» haben die rot-grünen Alleskönner tatsächlich präsentiert. Und es gibt Medien, die das rot-grün eingefärbte DDR-Rezept voller Bewunderung verbreiten.

*

Wie kommt der Wert einer Firma zustande? Er ist das Ergebnis jahrzehntelang bewiesener Tüchtigkeit von Firmenleitung und Firmenbelegschaft, die Produkte und Dienstleistungen schaffen, die echten Bedürfnissen entsprechen und sich deshalb im Markt durchsetzen. Ausgewiesene Leistung – Tag für Tag auf allen Stufen erbracht – bestimmen Erfolg und Wert eines Konzerns. Links-Grün sagt dazu: «Ein Stutz für Sandoz!».

Akzent

Ob all jene, welche – oft seit Jahrzehnten – am Erfolg von Sandoz mitarbeiten, auch mitmachen, wenn ahnungslose Besserwisser als politische Grossmäuler die Macht über den Konzern an sich reißen? Oder planen die rot-grünen Politräuber die unauflösbare Fesselung der gesamten Belegschaft an ihre angestammte Funktion – sozusagen in lupenreiner DDR-Manier?

*

Erfahrene Beobachter des politischen Geschehens wundern sich derzeit darüber, dass das Parlament den vom Bundesrat mit Corona begründeten Ausnahmezustand so merkwürdig passiv hinnimmt, seine Rechte als gesetzgebende und kontrollierende Vorgesetzte der Regierung nahezu vergessend. Ist das Parlament seiner Zuständigkeit überdrüssig geworden – zumal seit Wochen von Pandemie keine Spur mehr erkennbar ist?

Eine Sondersession wurde zwar ertrotzt. Doch Grundsätze der Gewaltentrennung kamen dabei nicht zur Sprache. Die SVP – als Minderheit abgekanzelt – blieb

mit der Forderung nach Aufhebung der vom Bundesrat sich selbst erteilten Vollmachten chancenlos. Rot-Grün – von der Mitte überzeugungslos geduldet – setzte, hemmungslos den Bundeshaushalt ausbeutend, lediglich massive Zusatzmilliarden durch – vor allem an die eigene Klientel. Was Generationen zusammengelegt haben, wurde innert weniger Tage rausgepfeffert.

*

Seitdem rund zwei Dutzend Vielschwätzerinnen und Vielschwätzer, die bis heute ihren persönlichen Lebensunterhalt während keiner Stunde durch eigene Leistung und Arbeit bewältigt haben, lautstark den Kurs der Links-Grün-Mehrheit im Nationalrat weitestgehend bestimmen, hat sich unser Parlament deutlich verändert: Berufslose etablieren sich als Berufspolitiker. Sie leben von dem, was sie aus Bundesbern herausholen können. Die Wählerinnen und Wähler scheinen übersehen zu haben, dass Gewählte, die das In-Bern-Sitzen als Beruf ausüben, sich ganz anders benehmen als Parlamentarier, die in einem Beruf, in einem Unternehmen ihr Brot verdienen. Berufspolitiker leben nicht für den Staat. Sie leben vom Staat. Kleptokratie löst Demokratie ab. Jene, die an den Quellen sitzen, ziehen daraus, was immer sie können. Für sich selbst und für ihre Klientel, auf dass ihnen auch die Wiederwahl gesichert bleibe.

Vielleicht dämmert jetzt einigen Wählerinnen und Wählern eine Grundregel, die in den Jahren scheinbar unbegrenzten Wohlstands etwas in Vergessenheit geraten ist: Wähle nie jemanden ins Parlament, der dort mehr Entschädigung beziehen kann, als er durch ehrliche Berufsarbeit je zu verdienen imstande wäre.

Vergisst man diese Regel, liefert man den Staat mit samt Staatskasse skrupelloser Ausplünderung aus.

Ulrich Schlüer

Churz & Bündig

Fernsehen SRF lobt vollmundig sich selbst: Man habe «Qualität im Blick» und «die Schweiz im Herzen».

Wir ergänzen: «Und Arroganz auf den Lippen».

us

Die europäischen Rettungspolitiker Emmanuel Macron und Angela Merkel haben in Ursula von der Leyen ihre Lehrmeisterin gefunden. Nach dem 500 Milliarden Euro-Plan von Franzosen und Deutschen lanciert die EU-Kommissionspräsidentin – die über keinerlei eigene Steuereinnahmen verfügt – nun ein 750 Milliarden Euro-Programm. Frei nach dem EU-Motto: Wer kein eigenes Geld besitzt, sollte wenigstens grosszügig mit dem der anderen umgehen.

Beda Düggelin

Corona und der Zweite Weltkrieg



Die Forscher der ETH dürften ungläubig auf ihre Auswertung geblickt haben. So etwas haben sie noch nie gesehen: Durch die bundesrätliche Corona-Politik sind bereits 1,9 Millionen Schweizer in Kurzarbeit! Immer mehr gleiten in die Arbeitslosigkeit ab. Fortlaufend gehen Existenzen zugrunde. Der Schaden ist gigantisch. Wie konnte es zu dieser Katastrophe kommen?

Unter Führung von Bundespräsidentin Sommaruga und Gesundheitsminister Berset handelte der Mitte-Links-Bundesrat lange nicht: Aus China liess er noch wochenlang Personen einreisen, die Grenzen blieben zu lange offen, Hunderttausende Grenzgänger aus Corona-verseuchten Ländern liess und lässt der Bundesrat weiterhin ins Land. Darf man sagen, dass dies eine der schlechtesten Regierungsleistungen in der Geschichte der modernen Schweiz ist? Nein, der Bundesrat habe «gut gehandelt», halten manche dagegen. Eine vergleichbare Situation gebe es nicht – auch nicht während des Zweiten Weltkrieges.

Der Vergleich mit dem Zweiten Weltkrieg ist spannend. Damals ging die Schweiz ihren Sonderweg: Unabhängigkeit,

Hinter feindlichen Linien

immerwährende, bewaffnete Neutralität und Patriotismus waren Grundpfeiler unseres Staates. Damals stand das Nationale im Zentrum. Heute richtet sich der Mitte-Links-Bundesrat gänzlich nach Europa aus. Auch in der Corona-Krise handelte er erst, als Deutschland oder Frankreich aktiv wurden. Heute steht das Internationale im Zentrum – in allen Bereichen, auch bei der Zuwanderung.

Früher bürgerte die Schweiz Landesverräter rigoros aus. Heute lässt der Bundesrat Zehntausende Asylbetreiber unsere Sozialwerke missbrauchen. Und durch die Personenfreizügigkeit zwängten sich in den letzten 13 Jahren über eine Million Ausländer zusätzlich in unser kleines Land. Die Schweiz geht kaputt. Je grösser die Krise, um so verheerender ist die innenpolitische Auswirkung der linken Gutmenschen-Politik.

In der Tat: 1,9 Millionen Schweizer in Kurzarbeit oder arbeitslos ist eine der schlechtesten Regierungsleistungen in der Geschichte der modernen Schweiz – zumal die Ideologie dahinter zum Himmel stinkt.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.



Das Büro Ha deckt auf!



Wir wissen es: Wer eine andere Meinung hat, als der Mainstream in Sachen Corona-Hysterie, gehört zu den Verschwörungsmenschen. Eine neue Gattung von Zukunftstheoretikern ist auf der anderen Seite des Ahnungslosen-Spektrums entstanden. Wir haben einige Worthülsen dieser Blockflöten-Gutmenschen und Rastalocken-Politiker gesammelt:

«Die solidarische Gesellschaft ist die Zukunft» / «Selbstwirksamkeit ist der Schlüssel zum Erfolg» / «Die Entschleunigung lässt einen neuen Menschen entstehen» / «Gemeinsamkeit ist der Schlüssel

der Zukunft» / «Eine neue Genügsamkeit ist die Befriedigung». Mein Befund: Alles Schrott. Das ist nur Rückschritt und Armut.

*

Zur Verhältnismässigkeit des Versammlungsverbotes. Die Schweiz hat 8.57 Mio. Einwohner (Illegale nicht eingerechnet). Das sind also auf einem Schreinermeter 8,6 cm. Etwa 30'000 Menschen wurden infiziert. Das entspricht auf dem Zollstock genau drei Millimetern. An oder mit Corona sind rund 1'800 Menschen gestorben. Das kann auf einem normalen Metermass nicht mehr gezeigt werden, weil es etwa ein Haar dick ist. Ist das verhältnismässig? Von Glaubwürdigkeit keine Spur. Endlich geht es vorwärts!

Tis Hagmann

GOAL GLOSSAR

Q Mobilisierung

Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

BÄRENTATZE

Gilberte de Courgenay – Heldin des Alltags

Die heutige rot-grüne Mehrheit würde dies kaum mehr zulassen. Um so mehr freue ich mich noch heute: Am 29. März 1995 benannte der Stadtberner Gemeinderat den Hauptplatz der Brünnen-Überbauung nach der im Ersten Weltkrieg schweizweit bekannten Wirts-Tochter in Courgenay, die eigentlich Gilberte Montavon hiess (*20. März 1896; †2. Mai 1957).

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs war sie achtzehn Jahre alt und arbeitete während des Krieges im elterlichen Hôtel de la Gare in Courgenay. Das nahe der französischen Grenze gelegene Dorf in der Ajoie wurde zum Truppenstützpunkt; Gilberte bewirtete Tausende von Soldaten und Offizieren fürsorglich und wurde von diesen schwärmerisch verehrt. Der im Dienst der Geistigen Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg gedrehte Film «Gilberte de Courgenay» von 1941 zeigt die Titelheldin (gespielt von Anne-Marie Blanc) als liebenswerte, für alle sorgende Tochter eines Gastwirts, die

sich im Ersten Weltkrieg rührend um die Soldaten kümmert und sie notfalls auf ihre patriotischen Pflichten aufmerksam macht.

*

«Soldaten sind Mörder» ätzte 1931 der linke Schriftsteller Kurt Tucholsky. Doch einmal mehr wird er – und mit ihm die hiesige Armeeabschafferlobby – Lügen gestraft: Der Assistenzdienst der Armee an der «Corona-Front» hat funktioniert. Zwischenzeitlich standen 5'600 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Rund tausend Spital- und Sanitätssoldaten sind zur Unterstützung der Spitäler eingerückt. 550 weitere Armeeangehörige helfen beim Botschaftsschutz und der Grenzschutz. Dabei sind die Armeeangehörigen auch selbst dem Coronavirus ausgesetzt. Mindestens 128 Soldatinnen und Soldaten wurden leider im Dienst bisher infiziert.

*

Wie derzeit unsere Armeeangehörigen hat Gilberte de Courgenay in schwieriger Zeit einfach nur ihre Pflicht getan und Nächstenliebe gezeigt. So wie es in der aktuellen Coronakrise zudem unzählige Pflegehelferinnen, Ärzte, Krankenschwestern, Sanitäter, Polizisten, Verkäuferinnen, Bus-, Tram- und Lastwagenchauffeure tun. Sie sind und bleiben wie «La Petite Gilberte» unsere Heldinnen und Helden des Alltags.

Thomas Fuchs, alt Nationalrat,
Oberst und Gemeinderatskandidat, Bern

PRO + LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

**Sonderaktion gegen die Corona-Krise:
Jetzt profitieren und PRO LIBERTATE unterstützen!**



Schweizer Werte verteidigen!

In schwierigen Zeiten besinnt man sich auf das Wesentliche. Es gehört zu den Stärken der Schweiz, auch eine Niederlage in etwas Positives umzuwandeln. Vor fünf Jahrhunderten unterlagen die Eidgenossen in der Schlacht bei Marignano – und begründeten damit die immerwährende und bewaffnete Neutralität, die am Wiener Kongress 1815 von allen anderen Staaten anerkannt und bis heute von der ganzen Welt geschätzt wird.



Die Vereinigung PRO LIBERTATE will Schweizer Werte bewahren und Schweizer Stärken verteidigen. Bestellen Sie das Buch «Marignano 1515–2015» zum Spezialpreis von nur 29 Franken. Unterstützen Sie die Tätigkeiten von PRO LIBERTATE zum Wohle unseres Landes. Danke für Ihren Einsatz! »

Oberst Thomas Fuchs, Präsident PRO LIBERTATE,
Gemeinderatskandidat der Stadt Bern (Liste «Bürgerliches Bündnis», SVP/FDP)



www.prolibertate.ch PRO + LIBERTATE

Ich bestelle _____ Expl. des Buches «Marignano 1515–2015»
zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 79 Franken; zzgl. Porto+Versand).

Bitte senden Sie mir weitere Informationen über
die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE zu.

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Ort

Tel./E-Mail

Datum, Unterschrift

Talon einsenden an: **Thomas Fuchs, Pro Libertate, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern** (oder via info@prolibertate.ch, Tel. 079 302 10 09)

Damit der Schweiz ihr wirtschaftliches Rückgrat erhalten bleibt

SOS KMU gegründet

Die vom Bundesrat am 16. März 2020 verfügte weitgehende Stilllegung der Wirtschaft zwecks Verzögerung einer damals befürchteten schweren Corona-Pandemie hat Tausende insbesondere KMU-Betriebe völlig überraschend und unvorbereitet in eine existenzbedrohende Krise gestürzt.

Die vom Finanzdepartement innert kürzester Frist auf die Beine gestellte Übergangshilfe hat zwar das Schlimmste verhindert. Aber nach wie vor sehen sich Tausende Betriebe in ihrer Existenz bedroht. Um den unverschuldet in Not geratenen Betrieben das Überleben langfristig zu sichern, hat der Verlag «Schweizerzeit» in Flaach die Gründung der überparteilichen Aktion «SOS KMU» angeregt und mit Hilfe angesprochener Persönlichkeiten aus der Politik realisiert.

Die Aktion SOS KMU will den akut gefährdeten KMU-Betrieben das Überleben langfristig sichern. Dazu sind nicht weitere Milliarden auszuschütten. Die Existenzsicherung der Wirtschaft gelingt nur, wenn der Staat auf allen Ebenen die Verwaltungsbürokratie, welche insbesondere KMU-Betriebe seit langem zunehmend belastet, markant zurücknimmt.

Im Mittelpunkt des acht Punkte umfassenden Manifests der Aktion SOS KMU ist deshalb die Forderung, sowohl auf eidgenössischer wie kantonaler und kommunaler Ebene einen Bürokratie-Abbau um mindestens zwanzig Prozent (finanziell und personell) bis spätestens Ende 2022 durchzusetzen.

Neun persönlich angegangene Exponenten aus der Politik haben das Manifest von SOS KMU als erste unterzeichnet. Es sind dies:

Susanne Brunner, Gemeinderätin, ZH
Andreas Glarner, Nationalrat, AG
Franz Grüter, Nationalrat, LU
Diana Gutjahr, Nationalrätin, TG
Thomas Knutti, Grossrat, BE
Paul Mayer, Kantonsrat, ZH
Michelle Rütli-Kumpli, Unternehmerin, AG
Sandra Sollberger, Nationalrätin, BL
Andi Trüssel, Landrat, BL

Durch Vorstösse auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene soll die existenzsichernde Entlastung der KMU-Betriebe von den viel zu vielen bürokratischen Auflagen sehr rasch durchgesetzt werden. Die Aktion SOS KMU will mit Petitionen, Referenden und Initiativen wo nötig via Souverän ihre Ziele durchsetzen. Ab sofort mobilisiert SOS KMU sowohl online als auch auf klassischem Weg breite Unterstützung in der Bevölkerung für die in ihrem Manifest aufgezählten Forderungen.

*Überparteiliche Aktion «SOS KMU»
www.sos-kmu.ch*

Manifest

Befreit die KMU-Betriebe aus dem Bürokratie-Würgegriff!

Als Antwort auf die Corona-Pandemie verfügte der Bund am 16. März 2020 den sofortigen Wirtschafts-Stillstand.

Die Sofort-Übergangshilfe mit vom Bund verbürgten Bankdarlehen rettete tausende KMU-Betriebe vor der Pleite.

Jetzt, da schwere Wirtschaftskrise droht, ist der Moment gekommen, den KMU-Betrieben nach geleisteter Übergangshilfe das Überleben langfristig zu sichern.

Dazu hat der Staat auf allen Ebenen insbesondere die auswuchernde, die KMU-Betriebe zunehmend erwürgende Verwaltungsbürokratie markant abzubauen.

Wir fordern:

Schluss mit überbordender Bürokratie

Damit die KMU-Betriebe angesichts drohender Wirtschaftskrise aus eigener Kraft überleben können, ist die Verwaltungsbürokratie personell und finanziell auf allen Staatsebenen bis zum 31. Dezember 2022 um mindestens zwanzig Prozent abzubauen. Die damit erzielbare Steuererleichterung muss den Leistungsträgern in der Schweiz zugutekommen.

Schluss mit Personalausbau

Alle öffentlichen Verwaltungen unterliegen ab sofort einem Personalstopp. Neue Stellen dürfen ausschliesslich durch interne Umstellungen besetzt werden. Erst wenn der Personalbestand gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2019 zwanzig Prozent tiefer ist, sind öffentliche Ausschreibungen wieder erlaubt.



KMU

www.sos-kmu.ch

**Das vollständige Manifest
 SOS-KMU im Wortlaut**

Unterstützungs-Erklärung

Erläuterungen zum Manifest

Schluss mit unbezahlbaren Energie-Experimenten

Die Schweiz – weltweit anerkannter Wirtschaftsplatz insbesondere für Spezialanfertigungen – ist als Land ohne Rohstoffe existenziell abhängig von zuverlässiger und kostengünstiger Energieversorgung sowie tragbaren Transportkosten. Über sinnvolle und rentable Energieversorgung entscheidet der Markt, nicht eine zunehmend marktverzerrende, durch zusätzliche Abgaben vor allem sich selbst speisende Energiebürokratie. Gute Löhne sichernde Spitzenleistungen sind der Wirtschaft nur möglich, wenn die Schweiz europaweit die günstigste Energieversorgung garantieren kann.

Schluss mit Verkehrs-Schikanen

Wo gewohnt und wo gearbeitet wird, muss Versorgungs- und Unterhaltsfahrzeugen hindernisfreie und kostenlose Zufahrt und Parkmöglichkeit am Ort ihres Einsatzes garantiert sein. Dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr haben die Behörden aller Stufen Gleichbehandlung zu garantieren.

Schluss mit Bau-Schikanen

Bürokratische Bau-Schikanen paralisieren die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der KMU-Betriebe existenzgefährdend. Baubewilligungs-Entscheide sind innert sechzig Tagen zu treffen. Gemeinden sind dazu in der Lage. Die auswuchernden, dauernd neue Schikanen erfindenden Baubewilligungs-Zentralbürokratien haben zu

verschwinden. Innovation und Betriebsausbau hat der Staat zu erleichtern, nicht zu schikanieren.

Schluss mit ausuferndem Statistik-Bürokratismus

Jahr für Jahr wird wirtschaftlichen Betrieben grösserer und teurerer Aufwand für laufend zunehmende, laufend kompliziertere, zeitraubendere und kostentreibendere statistische Erhebungen zugemutet. Die Statistikbürokratie ist massiv herunterzufahren. Betriebe haben Kunden, nicht Zahlenfetischisten in statistischen Ämtern zu dienen.

Schluss mit schikanösem Controlling

KMU-Betriebe müssen sich mit guten Produkten und exzellenten Dienstleistungen am Markt durchsetzen. Spitzfindiges, spesentreibendes bürokratisches Controlling und überbordende Zertifizierungs-Anforderungen mindern die Marktchancen der Betriebe in unzumutbarer Weise. Sie verteuern Produkte und gefährden die Existenz von KMU-Betrieben. Massvolle Zertifizierung können die Branchenorganisationen dank ihrer Branchenkenntnis zielgerichteter und effizienter gestalten als staatliche Kontrollbürokratien.

Schluss mit staatlichem Ausländerimport

Die Sozialhilfe-Bürokratien und Sozialhilfekosten ins Uferlose aufblähende Zulassung arbeitsunwilliger oder arbeitsunfähiger Ausländer ist zu unterbinden. Zugang zur Schweiz soll nur erhalten, wer seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft bewältigt.

**Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter**

Bösiger

041 761 99 27

www.malerboesiger.ch

Ohne Personenfreizügigkeits-Ende:

Auf direktem Weg zur 10-Millionen-Schweiz

Die Schweiz dürfte in absehbarer Zeit die Marke von 10 Millionen Einwohnern erreichen, falls die Stimmbevölkerung am 27. September 2020 der Begrenzungs-Initiative der SVP nicht zustimmen sollte. In dieser Serie lege ich Ihnen die Fakten dazu vor.

1. Vor wenigen Tagen publizierte das Bundesamt für Statistik (BFS) die neusten Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz. Im mittleren «Referenz-Szenario» wird die 10-Millionen-Schweiz um 2040 erreicht sein, im «hohen Szenario» bereits im Jahr 2034. Der Haupttreiber für die Bevölkerungszunahme wird dabei – wie in der Vergangenheit – weiterhin die Zuwanderung sein. Laut BFS ergeben sich bis zu drei Viertel des Wachstums nicht durch mehr Geburten, sondern durch Migration.
2. Das Referenz-Szenario rechnet mit einem Wanderungssaldo von 55'000 Personen im Jahr 2030, das hohe Szenario mit 70'000. Zum Vergleich: Zwischen 2007 und 2018 wanderten durchschnittlich knapp 76'000 Personen mehr ein als solche, die auswanderten. Selbst das Szenario mit der am höchsten kalkulierten Zuwanderung – laut dem die Schweiz im Jahr 2050 rund 11,4 Millionen Einwohner zählen wird – rechnet also mit einem tieferen Einwanderungs-Szenario als während der letzten zwölf Jahre. Gut möglich, dass die Bevölkerung noch viel stärker wachsen wird als von den Statistikern dargelegt.
3. Die nun publizierten Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung wurden noch vor der Coronakrise errechnet. Angesichts der schwächelnden Wirtschaft in vielen EU-Staaten ist bei einer Fortführung der Personenfreizügigkeit mit einem zunehmenden Zuwanderungsdruck auf die Schweiz zu rechnen. Dass die Zuwanderung aus der EU nach dem Ende des Lockdowns stark ansteigen dürfte – darauf deuten auch die Zahlen von Januar bis März 2020 hin, die im Vergleich zum Vorjahr um neun Prozent zugenommen haben.
4. Da rund zwei Drittel der Bevölkerungszunahme in der Schweiz auf die Zuwanderung aus Europa zurückzuführen ist, hat die wirtschaftliche Entwicklung der EU-Staaten einen starken Einfluss auf das Ausmass der Einwanderung. Die Begrenzungs-Initiative, welche die Personenfreizügigkeit neu verhandeln will, ist also *das* entscheidende Instrument, mit dem wir die 10-Millionen-Schweiz verhindern können.

Anian Liebrand



Die Massenmigration nach Europa gehört zu den drängendsten Problemen, welche die Staaten Westeuropas (auch die Schweiz) in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts zu bewältigen haben.

Die EU-Bürokratie und die meisten Staatsbürokratien der europäischen Länder behandeln alle Ankömmlinge aus Afrika und Nahost pauschal als «schutzbedürftig».

Damit laden die Staaten Europas zur Ausbeutung ihrer mit dem Geld ihrer Bürgerinnen und Bürger geschaffenen Sozialwerke ein.

Es kommen nicht die «Ärmsten der Armen». Es kommen die, welche die Schlepper-Kosten aufzubringen in der Lage sind.

Jede Familie in Afrika weiss: Wenn sie einen ihrer durchschnittlich fünf Nachkommen in die Sozialhilfe der Schweiz oder anderer westeuropäischer Länder als angeblich «schutzbedürftig» einschleusen kann, ist die ganze Familie materiell in ihrer Existenz gesichert.

Am 27. September 2020:

Ja zur Begrenzungs-Initiative

Heute, am 5. Juni, vor 53 Jahren

Der Sechstagekrieg

Kantonsschule Winterthur, 5. Juni 1967. Unsere Maturaklasse klebt an diesem Montag in den Pausen am Radio. Gebannt verfolgen wir die Meldungen über den Kampfverlauf. Wir stehen praktisch geschlossen auf der Seite Israels. Nur ein Schüler, dessen Vater in Kairo angeblich beim Raketenbau für Ägypten tätig ist, äussert sich gegen Israel. Werden die Armeen Ägyptens (100'000 Soldaten und 1'000 Panzer stehen am Suezkanal), Syriens und Jordaniens die Israelis besiegen und sie gemäss der arabischen Propaganda «ins Meer jagen»? Zur Eskalation ist es gekommen, nachdem Ägypten die Meerenge von Tiran gesperrt und die Uno auf Druck von Präsident Nasser ihre Truppen abgezogen hatte.

Schon bald macht sich Erleichterung breit. Israel hat mit einem Präventivschlag die Luftwaffen seiner Nachbarn weitgehend am Boden zerstört. Bald stossen die israelischen Streitkräfte in den Sinai vor (u.a. unter General Ariel Sharon) und erreichen den Suezkanal. Am 7. Juni erobern sie die Altstadt Jerusalems mit dem Tempelberg und der Klagemauer – für die Israelis ein unglaublich emotionaler Moment, von dem sie 2'000 Jahre lang geträumt haben. Sie stoppen die jordanische Armee und besetzen das jordanische Westjordanland.

Unser hochgeschätzter Geschichtslehrer Dr. Ernst Wälti meint an diesem Tag freudestrahlend: «Es sieht gut aus. Das israelische Armeeradio spricht nicht mehr von Jordanien, sondern von Transjordanien».

Am 9. Juni, dem fünften Kriegstag, folgt der erfolgreiche israelische Angriff gegen die syrische Golanfront – eine höchst anspruchsvolle Operation. Verteidigungsminister Moshe Dajan hatte sie zunächst als zu grosses Risiko eingestuft, war dann aber von General David Elazar, dem draufgängerischen Kommandanten der Nordfront, umgestimmt worden.

Am 10. Juni haben die Israelis alle feindlichen Linien durchbrochen und stehen kurz vor dem Einmarsch in Kairo, Amman und Damaskus. Am 11. Juni unterzeichnen die Kriegsparteien den Waffenstillstand. Schon am 19. Juni unterbreitet Israel seinen Nachbarn einen Friedensvorschlag, der aber abgelehnt wird. Im August 1967 verabschieden die arabischen Staaten an einer Gipfelkonferenz in Khartoum eine Resolution mit einem dreifachen Nein: Kein Friede mit Israel, keine Verhandlungen mit Israel, keine Anerkennung Israels.

Der Nahostkonflikt ist bekanntlich bis heute nicht gelöst. Für Israel gibt es (neben den USA) nur einen wirklich verlässlichen Garanten – die israelische Armee.

Hans Fehr

Selbstmakler.ch - Ihr Portal für Verkauf und Vermietung von Liegenschaften!

E-MAILVERSAND • GENERIERTE VERMITTLUNG • STATISTIK • KUNDENTRACKING • MAKLERCOCKPIT • VORLAGEN • ERKLÄRVIDE • EXPORT AN SCHNIP

Export zu Immobilienportalen

Selbstmakler.ch hat für jeden etwas dabei.

Versuchen Sie es selbst oder beauftragen Sie uns.

Gerne berate ich Sie persönlich
 Nicole Kaufmann
 043 433 55 55
 n.kaufmann@immosoft-ag.ch

einfache und schnelle Vermittlung zwischen Käufer und Verkäufer

kostenlose Schnellbewertung

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 48)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Im Frühjahr 1997 steht die Schweiz weiterhin unter Beschuss in- und ausländischer Kreise, insbesondere seitens der Spitze des Jüdischen Weltkongresses und seiner Lobby im US-Kongress. Vor allem Senator D'Amato wirft lautstark mit «Anklagen» um sich und versucht, unser Land zu verunglimpfen. Die erpresserische Forderung lautet: Die offizielle Schweiz soll Milliarden an «Wiedergutmachung» zahlen für ihre angebliche «braune Kollaboration» während des Zweiten Weltkrieges. Vertreter der hiesigen Linken, Soziologen, Professoren, Kulturschaffende und Journalisten hacken ebenso auf den Entscheidungsträgern der damaligen Schweiz herum und fühlen sich berufen, aus der warmen Stube heraus Gericht zu halten. Die Schweizer Geschichte soll in ihrem Sinn neu geschrieben werden.

Der unvergessliche Bauerndichter Willy Peter (1923-2011) aus Dägerlen im Zürcher Weinland fasst dies in die folgenden treffenden Worte:

D Schwyzer Gschicht

*De Täll isch vergässe, de Winkelried gsy,
der Eidgenoss Füürscht und de Mälchtaal verby!
Was hät is de Schiller für Määrli verzellt?
Er hät is doch um die ganz Schwyzergschicht prellt.(...)*

*Wie isch d Schwyz am Aafang eigentli gsy?
S sind all vo do gstorbe – de «Blick» nit deby!
Lömmen is öisi Vergangeheit nää?
Hät's au kän Dunant, kän von der Flüe ggää?*

*Simmer dänn würkli so mickerig chly?
Di Jaar a der Gränze, sinds gar nid gsy?
D Nootzyt dihäime, der Aarbetsysatz
vo so vile Lüüt – und alles für d Chatz?*

*Grüenschnäbel forsched jetz i den Archiiv.
Si sueched nüt Rächts, si sueched nu Müf.
De Täll muen ewäg, für immer und gly,
de D'Amato ziet jez i d Schwyzergschicht y,
trotz Dräck a sym Schtücke, trotz gschäggetem Wüsse
mit schmierige Händ und mit lockerem Gwüsse – .*

*Ir Schwyzer: Durforschted de Mediewald
mit wäärschafte Grundsätz und ordeli bald.*

Willy Peter, 6.3.97 (im Holz, bim Buurdene mache)

*

Im Mai 1997 folgt mit dem sogenannten «Eizenstat-Bericht» eine weitere Breitseite gegen unser Land wegen angeblicher Verfehlungen im Zweiten Weltkrieg.

Bislang waren es in- und ausländische Personen, private Organisationen und die Spitze des Jüdischen Weltkongresses, die unser Land verunglimpfen und bedrohen haben und Geld erpressen wollten. Mit dem Eizenstat-Bericht bekommt die Auseinandersetzung jedoch eine neue Dimension: Der amerikanische Staatssekretär Stuart Eizenstat hat für seine «Mission» ein Mandat des amerikanischen Präsidenten Clinton, er urteilt also über unser Land offiziell im Namen des amerikanischen Staates. Die Kernpunkte von Eizenstats Anklage gegen die Schweiz: Die schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg sei «unmoralisch» gewesen, die Schweiz habe sich «legalistisch» (streng nach Gesetz), widerspenstig und eigennützig verhalten, sie habe durch Kooperation mit den Nazis den Krieg verlängert und unlautere Geschäfte mit Raub- und Totengold getätigt.

Die Antwort auf diese absurden Behauptungen erteilt Christoph Blocher in einer wiederum historischen Rede unter dem Titel «Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht» am 21. Juni 1997 im Berner Kursaal. Vor 1'600 Zuhörern zerpfückt er den Eizenstat-Bericht als «absolut unhaltbar». Der Bericht sei ein Angriff auf unsere Neutralität und Souveränität und müsse in aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Anstelle der verfehlten Solidaritätsstiftung, die einem erpressten Schuldeingeständnis der Schweiz gleichkäme, propagiert Blocher – im Sinne echter Solidarität – eine freiwillige private Spendenaktion: 400–500 gut situierte Schweizer sollten allesamt ein Jahreseinkommen für Notleidende spenden. «Meine Million steht!» betont er gegenüber den Zuhörern. Zu den einzelnen Unterstellungen des Eizenstat-Berichts nimmt Blocher wie folgt Stellung:

«Unmoralische Neutralität»: Die schweizerische Neutralität war keine momentane Haltung im Zweiten Weltkrieg. Unsere historische und völkerrechtlich fundierte Staatsmaxime begann nach Marignano (1515)

**Ab sofort
Nasen-Mund-Schutz Masken
mit Edelweiss Muster**

**Jetzt Shop abchecken auf
www.patriot.shop**

Postfach 71, 8192 Glattfelden **PATRIOT.SHOP**

und ist seit dem Wiener Kongress (1815) integrierender Bestandteil des internationalen Völkerrechts. Selbstverständlich war ihr vorrangiges Ziel, unser Land aus dem Krieg herauszuhalten. Dieses Ziel wurde erreicht. Zudem hat die Schweiz freiwillig unzählige humanitäre Aktionen übernommen. Und sie hat als diplomatische Schutzmacht 43 Staaten vertreten, was ohne Neutralität undenkbar gewesen wäre.

«Legalismus»: Der Kleinstaat hat nur das Recht auf seiner Seite und nicht die Macht. Er darf sich niemals dem momentanen Zeitgeist beugen. Wir Schweizer können deshalb nicht Visionen von Moralisten nachträumen – wir müssen unser Recht mühsam mit Verträgen und Paragraphen festhalten. Zentral in diesem Sinn ist das Washingtoner Abkommen von 1946 – ausgehandelt unter dem äusserst ver-



stierten Delegationsleiter Minister Walter Stucki. Die Schweiz zahlte den Alliierten damals ohne jede Schuldanerkennung Gold im Wert von 250 Millionen Franken per Saldo aller Ansprüche, um die Freigabe der blockierten schweizerischen Vermögenswerte in den USA zu erkämpfen und die Aufhebung der willkürlichen «Schwarzen Listen» durchzusetzen.

«Krieg verlängert»: Die von den Achsenmächten völlig eingeschlossene Schweiz hat mit ihrem überlebensnotwendigen Handel mit Nazi-Deutschland den Krieg nicht verlängert. Wenn dies absurderweise behauptet wird, so lässt sich eine Verlängerung von höchstens 2,36 Tagen errechnen. Den geschätzten Kriegskosten Deutschlands von 1'200 Milliarden Franken stehen nämlich Schweizer Lieferungen von Rüstungsgütern von 1,35 Milliarden gegenüber.

«Goldgeschäfte»: Die Goldkäufe der Schweizerischen Nationalbank (SNB) bei der Reichsbank waren nötig. Denn Mitte 1941 beschlagnahmten die USA sämtliche dort befindlichen schweizerischen Gold- und Devisenguthaben, weil die damals noch nicht kriegführenden USA die Schweiz wie einen Feind behandelten. Die Schweiz wurde also zum Golderwerb bei der Reichsbank gezwungen, weil die SNB verpflichtet war, eine hohe Goldreserve auf die von ihr herausgegebenen Banknoten zu halten. Im Übrigen hat die SNB von den Alliierten von 1939–45 für 1,82 Milliarden Franken Gold gekauft – von den Deutschen für 1,2 Milliarden. Mit dem sogenannten Totengold hat die SNB wissentlich nichts zu tun gehabt.

Fazit der denkwürdigen Rede: **Das Schweizer Volk darf sich nicht erpressen lassen – weder von ausländischen Organisationen noch von linken «Geschichtsaufarbeitern» im Inland. Das gilt selbstverständlich auch heute und morgen.**

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIENEINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2020: Fr. 40.–

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Mittwoch, 26. August 2020, 19.15 Uhr

Das Verschwinden der Schweizer

Vortrag von Dudo Erny, Publizist
Bern (Details folgen)

Donnerstag, 27. August 2020, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?
Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

Mittwoch, 9. September 2020, 19.15 Uhr

Das Verschwinden der Schweizer

Vortrag von Dudo Erny, Publizist
Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Dienstag, 22. September 2020, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?
Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Hotel Monopol, Pilatusstrasse 1, 6002 Luzern/LU

Dienstag, 6. Oktober 2020, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?
Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Gasthof Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau

BESTSELLER

Büchertisch

AKTUELL



Bin ich denn der Einzige hier, wo Deutsch kann?

Über den Niedergang unserer Sprache

Andreas Hock

Erschreckend, in welchem Tempo korrektes Deutsch aus Alltag, aus Schulen, Medien und Politik verschwindet. Ein Autor, der die deutsche Sprache beherrscht, nimmt eine Bestandesaufnahme vor, welche Leser erschauern lässt: Die deutsche Sprache ist durch dem EU-Zentralismus verfallene Bildungsfunktionäre zum Auslaufmodell verkommen. Die Schulen legen kaum mehr Wert auf korrekte Ausdrucksweise – geschweige denn auf korrektes, lesbares Schreiben. Eine schockierende Auslegeordnung.

Riva, München 2014, 186 S., Brosch., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80



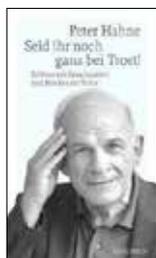
Die bürgerliche Revolution

Wie wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand erhalten

Markus Krall

Wir bezeichnen das neue Buch des deutschen Publizisten Markus Krall mit Überzeugung als «Buch des Jahres». Eine beklemmend zeitnah präsentierte, glänzend formulierte Lagebeurteilung zur Entwicklung in Deutschland, in der EU und über deren Grenzen weit hinaus. Wer das Buch zur Hand nimmt, verschlingt es. In der zweiten Lesung studiert er später Kapitel um Kapitel. Denn der im Buch behandelte Stoff lebt von einer Fülle von Informationen, die man in vergleichbarer Dichte anderswo kaum findet.

LangenMüller/Herbig, Stuttgart 2020, 267 S., geb., (Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.–



Seid ihr noch ganz bei Trost!

Schluss mit Sprachpolizei und Bürokraten-Terror

Peter Hahne

Während die Welt einer den ganzen Erdbelegtaumelt, gibt es hierzulande «Fachpersonen», die noch immer – im Dienste angeblicher Genderngerechtigkeit – Sprachpolizei zu spielen sich anmassen. Andere huldigen einem angeblichen «Klimaschutz», der für sie Religionsersatz zu sein scheint. Der Autor beschreibt nicht nur die Exzesse spitzfindiger Rechthaberei, er entlarvt entsprechende Zeiterscheinungen und deren Bürokratisierung vielmehr als das, was sie sind: Schwachsinn!

Quadrige/Bastei Lübbe, Köln 2020, 128 S., geb., (Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 16.60



Spygate

Der Putsch des Establishments gegen Donald Trump

Helmut Roewer

Der Umgang der Medienmacher mit dem amerikanischen Präsidenten wird von Monat zu Monat krankhafter. Was immer Trump macht oder zu machen unterlässt – mit Sicherheit wird es als Exzess eines Extremisten gebrandmarkt und gezeißelt. Der Kampf der Medien gegen Trump hat längst hysterische Formen angenommen – oft weitab von der Wirklichkeit. Ein neues Buch verhilft dem Leser, zwischen Anschuldigungen, Unterstellungen und Tatsachen klar zu unterscheiden. Das Buch erklärt damit auch, weshalb Trump in den USA weiterhin grosse Zustimmung erfährt.

Kopp, Rottenburg 2020, 176 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.50



Das Wörterbuch der Lügenpresse

Ein Praxisbuch für Sprachaktivisten

Thor Kunkel

Ein Handbuch zu Fake News und Wahrheits-Verdrehungen. Im ersten Teil werden Informationen zu gezielter Sprachpolitik und zu von Sprachpolitik ausgehendem Massenwahn vermittelt. Danach werden die häufigsten, jedem Hörer und Leser täglich begegnenden politischen Modewörter und Politbegriffe alphabetisch aufgelistet – mit prägnanten Erläuterungen, wie politische Information und politische Desinformation wirkungsvoll inszeniert wird. Ein informatives, in jeder Beziehung empfehlenswertes Buch.

Kopp, Rottenburg 2020, 383 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 30.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.40

SCHWEIZ



Eine Kultur schafft sich ab

Beiträge zu Bildung und Sprache

Mario Andreotti

Unglaublich wie Sprache in den Schulen von heute vernachlässigt wird. Selbst Maturanden haben Mühe, sich schriftlich korrekt und verständlich auszudrücken. Nicht nur die deutsche Sprache ist bedroht. Die Kultur insgesamt ist gefährdet. Der Ostschweizer Literaturwissenschaftler Professor Mario Andreotti gibt Gegensteuer. Ein neues Buch fasst seine im St. Galler-Tagblatt erschienenen Kolumnen zum Niedergang der Kultur, die sich im Niedergang der Sprache spiegelt, zusammen.

FormatOst, Schwellbrunn 2019, 120 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.60

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Simone

Lion Feuchtwanger

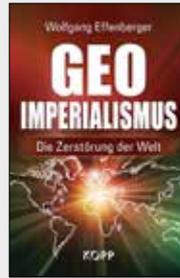
Als Hitlers Wehrmacht 1940 Frankreich überfiel, begegnete dem halb-wüchsigen Mädchen Simone die französische Nationalheldin Jeanne d'Arc mehrfach im Traum. In diesen Träumen rief Jeanne d'Arc das Mädchen zum Widerstand auf. Simone, an Ideale glaubend, reagierte erschüttert, als sie Bereitschaft auch unter den Franzosen feststellte, sich mit den Deutschen zu arrangieren, auf dass Patriotismus nicht das eigene Vermögen, nicht eigenen Besitz gefährde. Schliesslich beging Simone – beseelt von den im Traum erhaltenen Aufträgen – eine weithin sichtbare Tat des Widerstands. Von Hitlers Schergen verfolgt, aufgespürt, gefangen genommen und gequält, wurde ihre Tat zum Signal an die Franzosen: Wehrt Euch! Lasst Euch nicht unterdrücken! Unbedingter Widerstand gegen die Besetzer! Ein packend gestalteter Roman – gelesen von Christian Brückner.

Argon-Verlag/rbb, Berlin 2018, 1 MP3-CD, Laufzeit rund neun Stunden, (Richtpreis Fr. 27.90)

Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 26.50

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten, und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger

BUCHZEICHEN



Geo-Imperialismus

Die Zerstörung der Welt

Wolfgang Effenberger

Dieses Buch versucht, die weltweit stattfindenden politischen Entwicklungen und deren Triebkräfte gesamtthaft zu erfassen.

Der Autor fragt sich, ob solche Zielsetzung vertretbar ist oder bloss scheinwissenschaftlichen Charakter hat. Dies, weil diejenigen, die weltweit wirkende Zusammenhänge und Triebkräfte freizulegen versuchen, sehr rasch als Verschwörungstheoretiker abqualifiziert werden.

Wir meinen: Statt mit disqualifizierenden Pauschalurteilen jede Diskussion zu unterbinden, wäre es weit sinnvoller, sich mit den Überlegungen des Autors gründlich und kritisch auseinanderzusetzen – und erst danach zu urteilen.

us

Wolfgang Effenberger: «Geo-Imperialismus – Die Zerstörung der Welt». Kopp, Rottenburg 2016, 368 S., geb., ill., (Richtpreis Fr.14.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Andreas Hock – Bin ich denn der Einzige **à Fr. 13.80**
 Markus Krall – Die bürgerliche Revolution **à Fr. 29.–**
 Peter Hahne – Seid ihr noch ganz bei Trost! **à Fr. 16.60**

Aktuell

- Helmut Roewer – Spygate **à Fr. 26.50**
 T. Kunkel – Das Wörterbuch der Lügenpresse **à Fr. 29.40**

Schweiz

- Mario Andreotti – Eine Kultur schafft sich ab **à Fr. 26.60**

Hörbuch

- Lion Feuchtwanger – Simone **à Fr. 26.50**

Buchzeichen

- Wolfgang Effenberger – Geo-Imperialismus **à Fr. 13.80**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(11/05.06.2020)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 5. Juni 2020	Landmann-Talk	Ingo Heidbrink – der Pionier Valentin Landmann im Gespräch mit Ingo Heidbrink
Freitag, 12. Juni 2020	Stammtisch-Live	SOS KMU Ulrich Schlüer im Gespräch mit Michelle Rütli-Kumpli, Unternehmerin KUMMLI Netzwerk GmbH, Paul Mayer, Geschäftsführer und Inhaber Metallbaufirma PAMAG in Marthalen, Thomas Knutti, Bergbauer und Berufsfahrer
Freitag, 19. Juni 2020	Magazin	«Ehe für alle: Angriff auf die Familie?» Diskussionsteilnehmer: Regula Lehmann (Elterncoach und Leiterin Familienprojekte der Stiftung Zukunft CH) und Marcel Wittwer (Vizepräsident EDU Thurgau) Leitung: Anian Liebrand (Aufzeichnung: Donnerstag, 11. Juni 2020, um 18.30 Uhr im Studio von Schweiz5, Aarburg)
Freitag, 26. Juni 2020	Stammtisch	Die Handelsfreiheit der Wirtschaft Hans Bieri, Präsident Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft SVIL



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

19. Juni 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Medien als Obrigkeitdiener

Auch hierzulande schiessen Protest-Demos gegen corona-begründete Grundrechtseinschränkungen wie Pilze aus dem Boden. Dabei irritiert nicht die nachvollziehbare Tatsache, dass Bürger unterschiedlichster Couleur gegen staatliche Massnahmen aufbegehren. Vielmehr befremdet, mit welcher Schärfe und Verachtung die etablierten Medien über diese meist unkoordinierten und schrillen Aktionen herziehen.

Der vernichtende Medien-Tenor: Was für ein Frevel, dass sich diese gefährlichen «Verschwörungstheoretiker» und «Aluhutträger» erfreuen, die bundesrätliche Krisenpolitik zu hinterfragen und globale Zusammenhänge thematisieren! An der reflexartigen Vorverurteilung neu entstehender Graswurzel-Proteste offenbart sich, wie eine Mehrzahl der Mainstream-Medien heutzutage ihre Aufgabe definiert: Als kläffende Pitbulls bestehender Machtstrukturen, die ihre Kritiker «aus dem Weg räumen».

Die Medien erfüllen nicht mehr die Rolle als vierte Macht im Staat, die den Mächtigen auf die Finger schaut. Statt die weitreichenden Entscheide des Bundes zu hinterfragen und offenkundige Fehler in der Krisenvorsorge zu kritisieren, hacken sie lieber «auf den Kleinen» rum. Auf einfachen Bürgern, welche nicht die Möglichkeiten haben, sich gegen tendenziöse Stigmatisierung hörbar zu wehren.

Selbstverständlich sind unter den «Corona-Rebellen» einige schräge Typen mit irrationalen Ideen zu finden. Zu den Lockdown-Skeptikern gehören aber auch ganz normale, ja sogar namhafte Bürger aus der berühmten «Mitte der Gesellschaft», denen die Rufmordkampagne der Massenmedien wohl suggerieren soll: Macht ja nicht das Maul auf, sonst seid Ihr geliefert!

Leider beteiligen sich auch einst gut-eidgenössische Unternehmen an der Treibjagd gegen die Corona-Rebellen. So hat «Coop» kürzlich alle Produkte des veganen Starkochs Attila Hildmann aus dem Sortiment genommen, weil sich dieser in Deutschland als Anführer von Anti-Lockdown-Protesten exponiert hat.

Ist unter diesen Umständen beklagenswert, dass diesen regierungshörigen Mainstream-Medien die Inserenten- und Lesereinnahmen regelrecht zusammenbrechen? Rechnen die grossen Verlagshäuser selbst nicht mehr damit, den Leserschwind stoppen zu können? Erhoffen sie sich stattdessen, durch staatsnahe Berichterstattung schneller an die staatlichen Geldtöpfe zu kommen? Dass staatliche Finanzspritzen für Forumsmedien tatsächlich in Bälde Realität werden dürften, dämpft diese Spekulationen jedenfalls nicht.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**